

*Vorname Name*  
*Straße, Hausnummer*  
*Postleitzahl Wohnort*

An den  
Bundestagspräsidenten  
Prof. Dr. Norbert Lammert  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Ort, Datum

### **Resolutionen der Bundestagsfraktionen zum Genozid an der christlichen Bevölkerung im Osmanischen Reich ab 1915**

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident Prof. Dr. Lammert,

ich danke Ihnen und dem Deutschen Bundestag für die klaren Worte zu dem im Ersten Weltkrieg im Osmanischen Reich begangenen Genozid an Armeniern, aramäischsprachigen sowie griechisch-orthodoxen Christen. Es war eine Wohltat, den 23. und 24. April 2015, die zweifelsfrei geschichtsträchtige Tage sind, verfolgen zu können.

Als Bürger dieses Landes möchte ich mich für die aufrichtigen Worte seitens deutscher Geistlicher, des Bundespräsidenten sowie der Sprecher aller Bundestagsfraktionen bedanken, die in der Bundestagsdebatte vom 24. April 2015 das Wort ergriffen.

Die negativen Äußerungen, Beleidigungen und Drohungen, welche als Echo aus der Türkei und von Seiten türkischer Verbände in Deutschland geäußert wurden, zu hören, empfinde ich als beschämend für diejenigen, die sie geäußert haben.

Aus Ankara wird auch in Zukunft noch Gegenwind kommen. Dennoch will ich die Hoffnung nicht aufgeben, dass eines Tages auch die türkische Staatsführung Einsicht und Bereitschaft zur Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit bzw. Bereitschaft zur historischen Verantwortungsübernahme zeigen wird. Das Wirken des Deutschen Bundestages und ganz besonders auch Ihr persönlicher Einsatz haben einen immensen Beitrag geleistet.

Der türkische Gesetzgeber besitzt die Möglichkeit, aus den tiefgreifenden Erfahrungen der Deutschen bei der Aufarbeitung und Bewältigung von Kriegsvorgängen und staatlich angeordneter Vernichtung von Teilen der eigenen Bevölkerung zu lernen. Im besten Fall werden die heutige Türkei und Deutschland gemeinsam den Genozid an christlichen Minderheiten im Osmanischen Reich aufarbeiten.

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident Lammert! Als einer von vielen, die eine breite öffentliche Aufklärung fordern, bin ich davon auch überzeugt, dass wir nur gemeinsam eine Aussöhnung mit

uns selbst und dem jeweiligen Gegenüber leisten können. Der erste Schritt dazu ist getan, falls der Auswärtige Ausschuss hoffentlich bald entscheidet, eine Resolution zu verabschieden, in der die Fakten rechtlich und sachlich unmissverständlich sowie klar benannt werden. Den Worten des Bundestages muss jetzt eine Verschriftlichung des legislativen Willens folgen. Im bisherigen Entwurf der Großen Koalition stehen wichtige bildungs- und erinnerungspolitische Grundsätze. Diese können aber erst nach Verabschiedung wirksam werden.

Ich freue mich, von Ihnen zu hören, wann voraussichtlich der Gesetzgeber zur Abstimmung der Resolution gelangen bzw. einen Beschluss in Sachen Anerkennung fassen wird.

Mit freundlichen Grüßen

*Vorname Name*